

Pressemitteilung Nr. 09 / 2016 vom 29. Juli 2016

Migrant*innen dürfen auch in der Schule nicht Spielball finanzpolitischer Interessen sein. Die Bildungsgewerkschaft GEW Bayern zu den Haushaltsberatungen der Staatsregierung

Im laufenden Schuljahr 2015/16 gab es viel zu wenig Plätze für Sprachanfänger*innen an Grund- und Mittelschulen in Bayern. Der Grund: Die Staatsregierung hat über Jahre hinweg deutlich zu wenig Planstellen für Lehrkräfte geschaffen und damit gut ausgebildete Lehrkräfte nicht eingestellt. Kinder und Jugendliche, die neu nach Deutschland kommen, brauchen die Chance, zwei Jahre verlässlich in einer Klassengemeinschaft unterrichtet und gefördert zu werden. Für viele Schüler*innen ist die Übergangsklasse der erste stabile Anlaufpunkt in einer sonst völlig neuen Umgebung. Dies ist in der Regel der Ort, an dem Sprachprobleme keine große Rolle spielen und an dem die ungewohnten Erfahrungen ausgetauscht werden können.

Statt diese wichtige Kontinuität zu gewährleisten, wurden während des Schuljahres etliche Übergangsklassen aufgelöst und damit vielen Kindern und Jugendlichen das zweite Lernjahr einfach gestrichen, das sie jedoch dringend bräuchten. Wie die GEW aktuell erfahren hat, wird im kommenden Schuljahr in Bayern vielfach durch Zusammenlegung aus zwei Sprachanfängerklassen eine einzige Klasse für Schülerinnen und Schüler im zweiten Deutschlernjahr gebildet. Die dadurch „übrig gebliebenen“ Schüler*innen werden auf Regelklassen verteilt. „Es darf nicht sein, dass finanzpolitische Entscheidungen den schulischen Werdegang bestimmen“, sagte Christiane Wagner vom Landesvorstand der GEW heute in München. „Wir fordern eine am Kind orientierte und pädagogisch sinnvolle Verteilung aller Schüler und Schülerinnen.“

Dazu müssen jetzt bei den laufenden Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2017/18 die nötigen Gelder bereitgestellt werden. Die im Nachtragshaushalt 2016 befristeten Stellen für Lehrkräfte sind nach Ansicht der GEW Bayern in unbefristete umzuwandeln. Um den Beruf insgesamt attraktiver zu gestalten, tritt die GEW seit langem für das Einstiegsgehalt A 13 für alle Lehrkräfte ein. All dies sollte die Staatsregierung bei ihrer Klausur am Tegernsee in dieser Woche mitbedenken, wenn es wirklich langfristig genügend Lehrkräfte geben soll.

Migrant*innen dürfen nicht Spielball von finanz- und schulpolitischen Interessen sein. Die GEW fordert, dass für alle Schülerinnen und Schüler ein kontinuierlicher und wohlnaher Schulbesuch gewährleistet wird. Klassen mit mehr als 16 Schüler*innen sind im Sprachlernbereich zu groß.

Wie so oft werden hier diejenigen Mitglieder unserer Gesellschaft, die sich am wenigsten zur Wehr setzen können, als „Verfügbarmasse“ behandelt und ihre Rechte missachtet. Während im Landtag die Abschaffung der Schulpflicht im Rahmen des sogenannten Integrationsgesetzes diskutiert wird, werden Schüler*innen der Übergangsklassen ohne pädagogisches und lernpsychologisches Konzept in Regelklassen versetzt. Das „Umschichten“ von Schüler*innen der Übergangsklassen in Regelklassen (u.a. mitten im Schuljahr) führt auch in den Regelklassen der Grund- und Mittelschulen zu Überforderung und zu großen Klassenstärken. Mit Inklusion hat dies nichts zu tun. Gelingende Inklusion braucht genügend ausgebildete Lehrkräfte (v. a. auch mit der Qualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ oder „Deutsch als Fremdsprache“) sowie Sozialpädagog*innen und Schulpsycholog*innen an jeder Schule.

Ziel der GEW ist eine Schule für alle. Solange aber das bayerische Schulsystem derart zergliedert ist, sind Schonräume für Schüler*innen ohne Deutschkenntnisse nicht nur in der Sekundarstufe unumgänglich, da diese Kinder und Jugendlichen ansonsten einfach entsprechend ihres Alters den Regelklassen zugeteilt werden. Faktisch besuchen geflüchtete Kinder und Jugendliche daher – unabhängig von ihrer Begabung – ab der 5. Klasse überproportional häufig eine Mittelschule. Sprachlernklassen oder Übergangsklassen bieten die Möglichkeit in einer geschützten Atmosphäre die deutsche Sprache zu erlernen, bevor die Jugendlichen letztlich im existierenden zergliederten Schulsystem zurechtkommen müssen.

Für Rückfragen wenden Sie sich gerne an:
Bernhard Baudler, Tel. 089 / 54 40 81 – 21 und an
Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

V.i.S.d.P.: Elke Hahn, Geschäftsführerin, Schwanthalerstraße 64, 80336 München, Tel.: 089 / 544081-0